

Zürich



Lichtinstallation «Surrounded» von Li Hui bei der Post Obertor. Foto: Doris Fanconi

Leuchtende Fragen in dunklen Durchgängen der Altstadt

Bin ich reich? Gefangen? Klein? Diese existenziellen Fragen stellen sich den Besuchern der internationalen Lichttage in Winterthur.

Von René Donzé

Winterthur - Die Altstadt Winterthurs gleiche einem Herzen, sagte Dorothee Messmer, Kuratorin der dritten Internationalen Lichttage. «Die Gassen sind die Adern, durch welche die Menschen fließen.» Diese Menschen werden überrascht, irritiert oder verblüfft sein, wenn sie sich in den nächsten Wochen in einen der Durchgänge verirren, die Marktgasse, Stadthausstrasse und andere Gassen verbinden. Künstler aus aller Welt haben sie mit Licht gefüllt.

Der Chinese Li Hui hat einen Käfig aus Laserstrahlen installiert, der ebenso plötzlich im Dunkel erscheint, wie er wieder verschwindet. Unvermittelt sieht man sich eingesperrt zwischen grünen Gitterstäben. In den Kunstnebeln werden die Menschen zu Silhouetten. Damit wolle Li Hui die «existenzielle Erfahrung von Freiheit und Unfreiheit» thematisieren und die Frage in den Raum stellen, wie virtuelle Grenzen die Bewegungsfreiheit beeinflussen.

Existenzielle Fragen liessen sich auch in jener Passage stellen, die unter dem Haus zum Gängli durchführt. 134 Quadratmeter «Schoggipapierli» haben Stu-

dierende der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung Konstanz auf Wände und Decken geklebt - auf dass sich die Passanten davon blenden lassen und einen Moment wie Könige fühlen. Ganz klein hingegen kommen sie sich vor, sobald sie den Innenhof der ZKB-Passage betreten. Hoch über ihren Köpfen blicken grosse Köpfe mit Commedia-dell'Arte-Masken auf sie herunter, und urplötzlich werden Menschen zu Figuren im Guckkasten-Theater.

Lichthimmel Steinberggasse

«Wir haben Spass und Freude an der Ästhetik und den sinnlichen Erfahrungen», sagt Roderick Hönig, Präsident des Lichttage-Vereins, der nebst 15 Installationen auch eine Reihe von Veranstaltungen nach Winterthur gebracht hat. In der Steinberggasse bauen Studierende der Zürcher Hochschule der Künste an zwei Samstagen mit freiwilligen Helfern den «Cielo luminoso» auf, der den ganzen Platz überdecken wird. Bei der Druckerei Sailer führen Kulturlokale Anlässe durch. Im Casinotheater findet eine Fachtagung «Plan Lumière» statt. Kinder können eine Taschenlampenführung durchs Naturmuseum erleben. Die Lichttage werden von der Stadt mit rund 1 Viertelmillion Franken Bar- und Sachleistungen unterstützt. Sie dauern vom 5. bis 28. November. Zwei der Installationen bleiben danach in Winterthur.

Programm: www.lichttage.ch

Bauboom bringt mehr Steuern

Dietikon/Schlieren - Die rege Bautätigkeit im Limmattal wirkt sich positiv auf die Finanzen der Gemeinden aus. Die beiden Städte Dietikon und Schlieren gehen in ihren Voranschlägen von merklich steigenden Steuereinnahmen aus: In Dietikon werden sie voraussichtlich um gut 2 Millionen Franken steigen, in Schlieren, wo bereits mehr neue Wohnungen bezugsbereit sind als in der Bezirkshauptstadt, gar um 3 Millionen. Dietikons Finanzvorstand Rolf Schaeren sieht darin deutliche Zeichen, dass nicht nur mehr, sondern auch besser situierte Personen zuziehen. Schlierens Finanzvorsteherin Manuela Stiefel kann gar von einem Millionengewinn träumen:

Schlieren hat zurzeit 15 800 Einwohner. Steigt die Zahl auf 16 000 an, bezahlt der Kanton aufgrund seiner Berechnungsformel eine Million Franken mehr aus dem Steuerkraftausgleich.

Dietikons Finanzvorstand Rolf Schaeren konnte gestern den Medien nicht nur gute Nachrichten verkünden: Das Budget weist einen Aufwandüberschuss von 7 Millionen auf, was vorab auf einen Anstieg bei der Sozialhilfe und den Zusatzleistungen zurückzuführen ist. In den nächsten vier Jahren stehen Investitionen von gut 90 Millionen Franken an, und der Steuerfuss bleibt bis auf weiteres bei 122 Prozent. Dietikon hat daher beim Kanton Steuerfussausgleich beantragt. (net)

«Wir müssen die Schulen auf einen Nenner bringen»

Die Sekundarschule bleibt ein Sammelsurium verschiedener Modelle. Der Geschäftsführer des Kantonalen Gewerbeverbands kritisiert den mutlosen Bildungsrat und Regierungsrätin Regine Aeppli (SP).

Mit Martin Arnold sprach René Donzé

Nach zwei Jahren Diskussion um die Oberstufe bleibt alles beim Alten. Sind die Arbeitgeber glücklich?
Es bleibt zum Glück nicht ganz alles beim Alten. Für uns ist es wichtig, dass die Zeugnisse in Zukunft die Kompetenzen der Schüler besser abbilden und vergleichbarer werden. Das war schon immer eine unserer Forderungen. So gesehen, ist es einen Schritt vorwärtsgegangen.

Reicht dieser Schritt?

Nein, definitiv nicht. Die Modellvielfalt an der Zürcher Sekundarschule ist unheimlich kompliziert. Das führt zu einem unnötigen Ressourcen-Verschleiss. Die Organisation der Oberstufe muss bereinigt werden. Es darf doch nicht sein, dass sich Hunderte lokale Schulbehörden den Kopf zerbrechen müssen über Schulmodelle. Das ist unzweckmässig und ineffizient. Die Bildungshoheit hat der Kanton, und er sollte diese auch wahrnehmen. Sonst muss man sich überlegen, ob die Kompetenzen am richtigen Ort angesiedelt sind. Wir müssen die Schulen in der ganzen Schweiz auf einen Nenner bringen, damit die Arbeitnehmer flexibler werden. Wenn wir das nicht einmal im Kanton hinkriegen, haben wir versagt.

Wer hat versagt?

Es wäre mehr Führung angezeigt gewesen. Das kollektive Mitreden der Lehrer in diesen Themen ist zwar sicher gut, aber dass sie am Schluss ein derartiges Gewicht haben und einer einheitlichen Lösung im Wege stehen, das ist unzweckmässig. Auch die Lehrerschaft müsste sich mit den Realitäten der Wirtschaft auseinandersetzen.

Ist das auch eine Kritik des SVP-Kantonsrats Arnold an SP-Bildungsdirektorin Aeppli?

Es geht nicht um die Person, die an der Spitze sitzt. Es geht um die Situation. Auf nationaler Ebene wird mit Harnos und Lehrplan 21 eine Vereinheitlichung angestrebt, aber wir kriegen das nicht einmal innerhalb des Kantons hin. Da läuft doch etwas falsch.



Martin Arnold

Der SVP-Politiker ist Geschäftsführer des Kantonalen Gewerbeverbandes, Gemeindepräsident von Oberrieden und Kantonsrat.

Wer hätte durchgreifen müssen?

Regine Aeppli oder der Bildungsrat. Ich verstehe, dass das Thema delikater und der Zeitpunkt kurz vor den Wahlen heikel ist.



Interview mit dem Präsidenten des Schweizer Lehrerverbands

iPhone: Tagi-App auf **TA+**
Mobile: SMS mit Text Plus an 4488

Welches Modell wäre Ihnen am liebsten gewesen?

Das ist uns eigentlich egal. Wichtig ist, dass die Schüler die Fähigkeiten mitbringen, die der Arbeitsmarkt erfordert, und dass die Beurteilung ihrer Kompetenzen vergleichbar ist.

Wie stehen Sie zur Abschaffung der Sek C?

Das ist kein Kernthema für uns. Selbst Experten streiten darüber: Ist es besser,

leistungsschwächere Schüler in einer Sek B zu unterrichten, weil sie dort von den stärkeren Schülern mitgenommen werden? Oder kommt es dann in der Sek B zu einer Nivellierung nach unten?

Es heisst, C-Schüler würden auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt.

Klar, findet eine Selektion statt. Ein Sek-C-Schüler hat mehr Schwierigkeiten, eine Stelle zu erhalten, die höhere Anforderungen stellt. Das liegt in der Natur der Sache und ist auch richtig. Eine Selektion findet ohnehin früher oder später statt, daraus besteht unser Leben zu einem grossen Teil. Es kann nicht jeder alles werden. Aber ein guter C-Schüler hat heute schon genauso gute Chancen wie ein schlechter B-Schüler. Es kommt darauf an, was er mitbringt und welchen Beruf er anstrebt.

Aber ohne den C-Stempel hätte er mehr Chancen auf eine gute Stelle.

Nein. Es kommt vor allem auf seine Kompetenzen an. Die Arbeitgeber messen die Bewerber heute mit standardisierten Tests - Basic Check und Multi-check -, die fast alle Schulabgänger ihren Bewerbungsdossiers beilegen müssen. Das ist auch ein Zeichen der ausserordentlichen Schwäche unseres Schulsystems.

Wenn es der Bildungsdirektion gelingt, vergleichbare Zeugnisse zu kreieren, hören dann die Arbeitgeber mit diesen Tests auf?

Das wäre die logische Folge, aber nicht von heute auf morgen. Es ist nicht in unserem Sinn, den Schülern zusätzliche unnötige Tests aufs Auge zu drücken. Zuerst muss die Bildungsdirektion aber den Beweis antreten, dass diese Vergleichbarkeit erreicht wird.

Sekundarschule Eine fragwürdige Praxis wird fortgeführt: Ganz schwache Schüler werden weiter in C-Klassen aussortiert. Von Daniel Schneebeli

Wohin mit den «Unbegabten»? Eine Frage - so alt wie die Schule

Der Volksschule gelingt es schlecht, leistungsschwache und auffällige Schüler zu motivieren. Sie werden in spezielle Abteilungen (C-Klassen) gesteckt, wo kaum einer seine bestmöglichen Leistungen erbringt. Die meisten der Sek-C-Schulabgänger haben düstere Perspektiven. Sie finden kaum Lehrstellen, und man bezeichnet sie neudeutsch als «Risikogruppe». Mit solchen Kindern tut sich die Schule aber nicht erst heute schwer. Das Unterrichtsgesetz von 1832 sah erstmals eine Sekundarschule oder eine «höhere Volksschule» vor. Sie war allerdings den Fleissigen und Geschickten vorbehalten. Für die anderen - im Gesetz als «Nichtbegabte» beschrieben - gab es nur Repetierschulen. Deren Unterricht beschränkte sich auf zwei Vormittage pro Woche, Lehrpläne gab es nicht. Kein Wunder, gerieten die Repetierschulen ins Abseits, besonders als die Schulbildung im Laufe der Industrialisierung immer wichtiger wurde. Wer es sich leisten konnte, schickte seine Kinder jetzt in die «höhere Volksschule» statt zur Arbeit. Die Repetierschule war jetzt endgültig eine Armenschule.

Oberschule als Pferdefuss

Das war bereits den damaligen Erziehungsdirektoren ein Dorn im Auge, und sie versuchten, das Ansehen der Repetierschule zu heben. Doch ihren schlechten Ruf wurde diese auch nicht los, als sie zur siebten und achten Klasse ausgebaut wurde. Diese Klassen seien Sammelbecken von «unfähigen, sittlich gefährdeten oder verwilderten Kindern, die kaum je normal begabt sind». So stand es in einem Kommentar

zum damaligen Volksschulgesetz. 1959 wurde ein nächster Versuch unternommen, um die Jugend besser zu fördern. Mit einer 73-Prozent-Mehrheit stimmten die Zürcher (Zürcherinnen waren noch nicht stimmberechtigt) einer Gesetzesrevision zu. Die «höhere Volksschule» wurde nun total renoviert und dreigeteilt: in eine Sekundarschule für die intellektuell Begabten, in eine Realschule für die eher handwerklich Begabten und in eine Oberschule für die ausschliesslich handwerklich Begabten. Bald stellte sich die Oberschule als Pferdefuss der Schulreform heraus. Die Primarlehrer teilten zu viele Kinder in die Sek ein, und die Oberschule wurde wie gehabt zum

Die einen schworen auf die Dreiteiligkeit der Sek - die anderen auf die Integration der Schwächsten.

Auffangbecken der «Unbegabten», von denen anfänglich niemand gesprochen hatte. Die Eltern wehrten sich gegen die Einteilung ihrer Kinder in die Oberschule, und die Oberschüler wurden von den anderen Kindern auf dem Pausenplatz geschnitten.

In den 70er-Jahren lancierte Erziehungsdirektor Alfred Gilgen Schulversuche mit einem neuen Modell ohne Oberschule. Auch er wollte den schwächsten Schülern bessere Chancen bieten. Gilgens Projekt hiess «Abteilungsübergreifende Versuche an der Oberstufe» (AVO). Pionierschulen

nahmen daran teil, allen voran das «Petermoos» in Buchs. Die tatelustigen, meist jungen Lehrerinnen und Lehrer brachen Real- und Sek-Klassen auf und gliederten die Schwächsten ein. Sie boten Niveaurokurse, in denen die Schüler aufsteigen konnten, wenn sie gute Leistungen erbrachten. Auf der anderen Seite wurden sie aber auch abgestuft, wenn sie nachliessen. Notenzeugnisse gab es keine mehr, AVO-Schulen führten Wortzeugnisse ein. Es wurde ein lebendiger Schulbetrieb. Die Kritiker fanden ihn «chaotisch».

AVO spaltete die Lehrerschaft

Das AVO-Schulmodell bewährte sich, doch die wenigsten Schulen brachten den nötigen Pioniergeist dafür auf. Zähl wehrte sich die Mehrheit der Lehrerschaft gegen die flächendeckende Einführung von Gilgens neuem Schulmodell, und der Erziehungsdirektor verzichtete darauf. Man einigte sich auf einen Kompromiss: Die Versuchsschulen durften vorläufig weitermachen und die traditionell dreiteiligen Oberstufenschulen auch.

Es war allerdings ein trügerischer Frieden; in der Lehrerschaft hatten sich tiefe Gräben aufgetan. Die einen schworen auf die Dreiteiligkeit - die anderen auf die Integration der Schwächsten. Diese Gräben gibt es bis heute, und bis heute kann sich die Erziehungsdirektion (heute Bildungsdirektion) nicht für ein Modell entscheiden. Inzwischen wird an ihr vorbei-reformiert. Es gibt im Kanton Zürich unzählige abgeänderte und neue Schulmodelle. Die «Unbegabten» können nur hoffen, in der richtigen Schulgemeinde zu wohnen.